

eaf bayern unterstützt die bundesweite Kampagne Auftakt der Kampagne #4JahreGegenKinderarmut am 28.9.2021

Breites Bündnis fordert: Kinderarmut muss zentrale Rolle in den Koalitionsverhandlungen spielen. 61 Verbände - darunter auch die eaf bayern - Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Einzelpersonen fordern die nächste Bundesregierung auf, Kinderarmut endlich effektiv zu bekämpfen und konkrete Maßnahmen im Koalitionsvertrag festzuhalten.



Die unterzeichnenden Organisationen des Ratschlag Kinderarmut fordern in der Gemeinsamen Erklärung „Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!“, Armut von Kindern und Jugendlichen nicht länger hinzunehmen und entschlossene Maßnahmen im Koalitionsvertrag zu verankern. Dazu zählen eine grundlegende Reform der Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, die Sicherstellung sozialer Infrastruktur sowie ihre umfassende Beteiligung. Ebenso brauchen Kinder und Jugendliche eine intensive Begleitung zurück in ihren Kita- und Schulalltag und psychosoziale Unterstützung bei der Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie.

Die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen erfährt in der Bevölkerung sowie parteiübergreifend breite Zustimmung und muss in der nun beginnenden 20. Legislaturperiode eine zentrale Rolle spielen. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen!

Die Gemeinsame Erklärung basiert auf vier Grundsätzen:

1. Armut ist kein Versagen der*des Einzelnen!
Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien muss als strukturelles Problem begriffen, kommuniziert und behandelt werden. Arme Familien haben nicht selbst schuld an ihrer Lage, sondern ihre Situation ist die Folge von gesellschaftlichem Ausschluss.
2. Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse!
Bund, Länder und Kommunen müssen ein Gesamtkonzept vorlegen, wie kommunale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht gestaltet und finanziert werden kann. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen, qualitativ hochwertige und armutssensible Angebote der Bildung, Betreuung, Erziehung und Begleitung, eine bedarfsorientierte, integrierte Schul-, Ge-

Inhalt dieser Ausgabe

Auftakt der Kampagne #4JahreGegenKinderarmut..... 1
Soziale Ungleichheit bekämpfen, strukturelle Armut beenden
und soziale Infrastrukturen ausbauen.....2

Auffholen nach Corona: Familien und Kinder stärken..... 4
Themenheft ELKB: Familien am Anschlag - Hilfen von Kirche
und Gesellschaft sind nötiger denn je.....4

sundheits-, Sozial- und Jugendhilfeplanung, die Absicherung von Mobilität für alle und eine gute gesundheitliche Versorgung.

3. Jedes Kind ist gleich viel wert!

Bei der Ermittlung der Regelbedarfe für Grundsicherungsleistungen bedarf es einer einheitlichen, transparenten, konsequent sach- und realitätsgerechten Ermittlung und Umsetzung des kindlichen Existenzminimums für alle Rechtsbereiche. Dieses Existenzminimum muss auskömmlich sein, Teilhabe für jene Kinder und Jugendlichen ermöglichen, deren Eltern sie nicht gewährleisten können, und niedrigschwellig in Anspruch genommen werden können.

4. Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird!

Der Ratschlag Kinderarmut fordert, Angebote und Leistungen zur Unterstützung armer Kinder, Jugendlicher und Familien so auszugestalten, dass sie niedrigschwellig zur Verfügung stehen und leicht in Anspruch genommen werden können. Finanzielle Leistungen sollten unbürokratisch und möglichst automatisch ausbezahlt werden.

Den vollständigen Text der Erklärung „Vier Jahre Zeit, um Kinderarmut endgültig zu beseitigen!“ finden Sie sowie weitere Informationen zur Kampagne:

<https://www.nationalearmutskonferenz.de/category/kinderarmut/> und <https://www.diakonie.de/diakonie-zitate/die-naechste-bundesregierung-muss-kinderarmut-endlich-beseitigen>
<https://www.eaf-bayern.de/positionen/>

Kontakt:

*Alexander Nöhring, Geschäftsführer
Zukunftsforum Familie e.V., Berlin
info@zukunftsforum-familie.de*

Erklärung Soziales Netz Bayern Soziale Ungleichheit bekämpfen, strukturelle Armut beenden und soziale Infrastrukturen ausbauen

Wie unter einem Brennglas hat die Corona-Pandemie bestehende soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sichtbar gemacht und verschärft. Nicht nur in den so benannten systemrelevanten Berufen sind die belastenden Arbeitsbedingungen, die schlechte Bezahlung und die personelle Unterbesetzung besonders deutlich geworden. Viele Beschäftigte haben dank

Kurzarbeit bisher zwar nicht den Arbeitsplatz verloren, bei niedrigen Löhnen reicht das Kurzarbeitergeld aber dennoch kaum zum Leben. Dazu kommen die Mehrfachbelastungen von berufstätigen Frauen mit Kindern, die zu Hause in der Regel den überwiegenden Anteil an Sorgearbeit übernehmen, aber auch von pflegenden Angehörigen, denen vielfach Unterstützungsmöglichkeiten weggebrochen sind.



Durch die Corona-Krise ist zudem ins öffentliche Bewusstsein gerückt, dass das Bildungssystem in Deutschland sozial selektiv ist. Kinder in Haushalten, die in der Krise nicht über eine gute digitale Infrastruktur bzw. über keine Unterstützung durch die Eltern verfügten, konnten am „Homeschooling“ nicht in ausreichendem Maße teilhaben, die Zahl der Schulabbrecher*innen ist deutlich angestiegen.

Folgende Aspekte bereiten Sorge:

- Atypische Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, Minijob, befristete Beschäftigung) betreffen rund 20 % der Beschäftigten in Bayern, vor allem Frauen, und bringen oft ein erhöhtes Armutsrisiko mit sich.
- Sorgearbeit, wie sie mehrheitlich von Frauen geleistet wird, und eine Beschäftigung im gewünschten Arbeitsumfang sind oft nur schwer zu vereinbaren. Denn die soziale Infrastruktur, etwa in Form von Tagespflegeeinrichtungen oder ganztägiger Kinderbetreuung, steht in Bayern noch immer nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung.
- Niedrige Löhne betreffen viele Menschen, die während der Krise als systemrelevant eingestuft wurden: Verkäufer*innen, Pflegehilfskräfte, Beschäftigte im Gastgewerbe oder auch in der Logistikbranche.
- Die hohen Mieten zwingen viele Familien, in kleinen Wohnungen zu leben. Gerade aber beengte Wohnverhältnisse erschweren das Arbeiten zu Hause, wie aktuelle Studien zum Homeschooling und Homeoffice während der Krise zeigen.

Daher forderte das Soziale Netz Bayern vor der Bundestagswahl und mit Blick auf die neue Legislaturperiode, der sich verstärkenden Ungleichheit in Gesellschaft und Arbeitswelt auf politischer Ebene entschlossen entgegenzutreten:

1. Armut beenden

2019 waren 14,7 % der Menschen in Bayern – und damit fast jede*r Siebte – von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Das Risiko, unter die Armutsgrenze zu rutschen und den sozialen Anschluss zu verlieren, hat sich in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren mehr als verdoppelt. Um zu verhindern, dass die Gesellschaft weiter auseinanderdriftet, brauchen wir für arme und einkommensschwache Menschen mehr Unterstützung. Dazu zählt beispielsweise die Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und der Grundsicherung, ein Mindestkurzarbeitergeld sowie die Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente. Für Kinder müssen Regelsätze in Hartz IV neu berechnet werden, so dass sie die wirklichen Bedarfe abdecken. Dringend fordern wir die Einführung einer Kindergrundsicherung, für die es schon viele Modelle gibt.

2. Arbeit armutsfest machen

In Bayern sind fast eine Millionen Menschen im Niedriglohnssektor beschäftigt. Die Niedriglohnschwelle lag 2018 bei 11,21 Euro. Dies zeigt, dass der aktuelle Mindestlohn noch nie Armut verhindert hat. Selbst Vollzeitbeschäftigte werden von Altersarmut betroffen sein. Insofern ist festzustellen, dass sich Armut weiter verfestigt. Bei solchen Löhnen reicht auch das Kurzarbeitergeld nicht zum Leben. Betroffen sind vor allem Frauen: Sie stellen 71,2 % der Beschäftigten in diesem Bereich. Gute Arbeit und gute Löhne sind in der Regel da anzutreffen, wo es Tarifverträge gibt. Die Tarifbindung muss – auch durch Intervention des Staates – erhöht werden, um gute Arbeit für alle Geschlechter gleich und armutsfest zu entlohnen.

3. Bezahlbarer, guter und barrierefreier Wohnraum für alle

Das Soziale Netz Bayern fordert die Bereitstellung von bezahlbarem, attraktivem, menschenwürdigem und barrierefreiem Wohnraum. Ausreichend guter Wohnraum ist die Voraussetzung für praktizierbares Homeoffice ebenso wie für das Lernen zu Hause. Enge, kleine Wohnungen lassen eine sinnvolle Vereinbarung von Familie und Beruf und ein gutes Familienleben nicht zu. Dafür muss der Staat deutlich mehr in den sozialen, barrierefreien Wohnungsbau investieren und die Bindungsfristen verlängern. Damit Mieten, Immobilien- und Bodenpreise nicht noch weiter explodieren, braucht es gesetzliche Regulierungen: Wohnen darf kein Geschäftsmodell sein. Wohnen ist ein Grundrecht.

4. Das Gesundheits- und Pflegesystem ihren Aufgaben gemäß ausstatten

Die Krise hat gezeigt, dass das öffentliche Pflege- und Gesundheitssystem in den letzten 30 Jahren an entscheidenden Stellen „kaputtgespart“ wurde. Das fängt beim Personal an, das unter zu hoher Belastung bei zu geringer Entlohnung seine Arbeit leistet. Gute Pflege benötigt gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung, für die die Bindung der Refinanzierung an echte tarifliche Bezahlung aller Beschäftigten ein wirksamer Hebel ist. Gleichzeitig muss der Eigenanteil gedeckelt wer-

den. Pflegebedürftigkeit ist schon jetzt ein Armutsrisiko. Auch im Bereich der Gesundheit gilt: Das Gesundheitswesen muss sich am Menschen, nicht am Profit orientieren. Das öffentliche Gesundheitswesen benötigt dringend eine zukunftssichere Finanzierung. Dies bedingt die Abkehr vom jetzigen Fallpauschalen-System, das die derzeitigen Mängel und Defizite des öffentlichen Gesundheitssystems maßgeblich verursacht hat. Daher fordern wir einen Umbau des öffentlichen Gesundheitswesens im Sinne der Menschen, die darauf angewiesen sind. Dazu gehören Menschen mit Behinderung und Personen mit Pflegebedarf ebenso wie die Beschäftigten in diesem Bereich.

5. (Weiter-)Bildung für Alle

Das Bildungs- und Weiterbildungssystem muss aus- und umgebaut werden. Bildung darf nicht länger eine Frage der sozialen Herkunft sein! Dass das noch immer der Fall ist, hat vor allem die Corona-Pandemie deutlich gezeigt. Die Bayerische Verfassung hingegen fordert in Artikel 128 das Gegenteil. Bildung muss allen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel gleichermaßen zugänglich sein. Und zwar von der Kita bis zur Hochschule. Auch Weiterbildung muss für alle möglich sein. Alle Beschäftigten haben das Recht auf eine berufliche Perspektive. Gerade in Zeiten des rasanten Wandels der Arbeitswelt ist die Weiterbildung von entscheidender Bedeutung für eine gute Arbeit. Ein bayerisches Fort- und Weiterbildungsgesetz ist so dringend wie nie.

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden. Dazu bedarf es mehr KiTas, mehr Ganztagschulen und auch mehr Tagespflegeeinrichtungen. Darüber hinaus ist eine verbesserte Anerkennung und Unterstützung der häuslichen Pflege durch die Angehörigen notwendig, z.B. durch ein Pflegepersonengeld und eine Pflegepersonenzzeit, ähnlich dem Elterngeld und der Elternzeit. Gerade in diesem Bereich ist ein eklatanter Widerspruch festzustellen: Eine eigenständige Absicherung für das Alter ist nur durch die gesetzliche Rente zu erreichen – für Entgeltpunkte in ausreichender Menge muss jedoch die Berufstätigkeit für Eltern und pflegende Angehörige erleichtert werden. Dazu bedarf es weiterer politischer Rahmenbedingungen und deutlich mehr familienfreundliche Arbeitgeber.

Weitere Informationen:

<https://bayern.dgb.de/soziales-netz-bayern> und unter www.eaf-bayern.de/Positionen 202

Kontakt:
Dr. Tobias Bevc
DGB Bayern
tobias.bevc@dgb.de

Aufholen nach Corona Familien und Kinder stärken

Das Bundeskabinett hat am 5.5.2021 das „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ im Umfang von zwei Milliarden Euro für die Jahre 2021 und 2022 beschlossen. Es besteht aus einem Nachholprogramm für pandemiebedingte Lernrückstände und einem umfangreichen Maßnahmenpaket zur Unterstützung der sozialen Kompetenzen und der allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen.

Das aufgelegte Aktionsprogramm hat vier Säulen: den Abbau von Lernrückständen, Maßnahmen zur Förderung der frühkindlichen Bildung, Unterstützung für Freizeiten und außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Unterstützung und Begleitung für Kinder und Jugendliche im Alltag und in der Schule. Darin enthalten: Rauskommen. Durchatmen. Auftanken. Eure Auszeit - staatlich gefördert: Die Corona-Pandemie hat viele Familien stark belastet. Damit sie sich erholen können, ermöglicht das Bundesfamilienministerium Familien mit kleineren oder mittleren Einkommen oder mit Angehörigen mit einer Behinderung einen kostengünstigen Familienurlaub.

Maßnahme „Corona Auszeit für Familien Familienferienzeiten erleichtern“: Programmziele sind:

- Familien mit kleineren Einkommen und Familien mit einem behinderten Angehörigen soll ein Urlaub ermöglicht werden, um die Belastungen in Folge der Corona Pandemie zu mildern und Familien zu stärken, die besonders betroffen waren und sind.
- Gefördert werden 90 % der geltenden Preise für Übernachtung und Verpflegung, die in einer gemeinnützigen Familienferienstätte oder einer für die Familienerholung geeigneten gemeinnützigen Einrichtung anfallen.
- Berechtigte Familien können einen Aufenthalt jeweils einmal in 2021 und einmal in 2022 für jeweils sieben zusammenhängende Übernachtungen und sofern in der Einrichtung angeboten auch für die Verpflegung in Anspruch nehmen.

Weitere Informationen zur Auszeit für Familien:

<https://www.kolpinghaeuser.de/> und

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/corona-pandemie/corona-auszeit-fuer-familien>

Weitere Informationen zum Aufholpaket:

www.bmbf.de/aufholpaket

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/giffey-karliczek-kinder-und-jugendliche-nach-der-corona-pandemie-staerken--178886>

Themenheft der ELKB Familien am Anschlag - Hilfen von Kirche und Gesellschaft sind nötiger denn je

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) hat im September in einem Themenheft u. a. die gesellschaftliche Bedeutung und die individuelle Leistung von Familien – nicht nur in der Krise – in den Fokus gestellt und aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet. Zitat aus dem Einführungstext „Ein Leben lang wichtig“ von Michael Domsgen, Halle/Saale: Seit einiger Zeit gibt es eine neue Sensibilität für die Familie, nicht nur, aber auch innerhalb der Kirche. Das ist zunächst einmal sehr erfreulich, zeigt sich darin doch ein neues Bewusstsein ... Zugleich spiegelt sich darin auch eine neue Sensibilität dafür, dass Familie verletzlich ist. Sie ist nicht einfach nur da, sondern will gestaltet werden („doing family“), tagtäglich.

In einem weiteren Beitrag hat die eaf bayern unter dem Titel „Ein ungelöstes Problem“ die Situation der Kinderarmut im reichen Deutschland aufgezeigt und unter dem Aspekt „Welche Unterstützung Familien jetzt brauchen“ Wege aufgezeigt, damit Familienleben besser gelingen kann.

Den Beitrag finden Sie unter www.eaf.bayern.de/Positionen und www.nachrichten.bayern-evangelisch.de, das Themenheft können Sie beziehen unter www.afgshop.de

Impressum

Herausgeber: Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e. V. (eaf bayern)

1. Vorsitzende: Sandra Schuhmann, 2. Vorsitzender: N.N., 3. Vorsitzende: Elke Hüttenrauch

Geschäftsführerin und Redaktion: Renate Zeilinger

Geschäftsstelle im Diakonischen Werk Bayern, 90332 Nürnberg, Telefon (0911) 93 54 - 270, Telefax - 299

Internet: www.eaf-bayern.de, info@eaf-bayern.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Bildnachweis: Bildnachweis: S. 1 Diakonie Bayern

Druck: Nova Druck Goppert GmbH, Nürnberg

FPI 3 Juli/August/September 2021, 32. Jahrgang

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Bayerisches Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert.

Bayerisches Staatsministerium für
Familie, Arbeit und Soziales

